

Oberst Ulrich Kirsch,
Bundesvorsitzender des
Deutschen Bundeswehrverbandes



Zur Sache

Es besteht Handlungsbedarf im Beurteilungswesen

Meine lieben Kameradinnen und Kameraden, liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat turbulent begonnen. So lösten ein sinkendes Kreuzfahrtschiff und sein offenbar pflichtvergessener Kapitän den schwer unter Beschuss geratenen Bundespräsidenten in den Schlagzeilen ab. Noch nicht einmal die Mühsal der Eurorettung oder die taumelnde Regierungspartei FDP schafften es angesichts dessen auf die Titelseiten der Zeitungen. Da verwundert es nicht, dass auch die Schwierigkeiten des Verteidigungsministers bei der Umsetzung der Neuausrichtung der Bundeswehr nicht zu den Lieblingsthemen der Presse gehören. Jedenfalls so lange nicht, bis diese ehrgeizige Reform zu scheitern droht.

Ein Fehlschlagen der laufenden Neuausrichtung hätte jedoch nicht nur für die Menschen in der Bundeswehr katastrophale Folgen. Auch für die Sicherheit unseres Landes und Europas wäre das gefährlich. Mit der offiziellen Bekanntgabe der neuen US-Militärstrategie ist amtlich, was wir schon lange wissen: Die USA konzentrieren sich zukünftig sicherheitspolitisch auf den pazifisch-asiatischen Raum. Der euro-atlantische Schwerpunkt – also unser unmittelbares Interessengebiet – gerät ins Hintertreffen. Neben einer endlich auch real praktizierten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik benötigt das von Schuldenkrise und Eurorettung gebeutelte Europa folglich – und aller Geldknappheit zum Trotz – funktionierende, also nachhaltig einsetzbare und finanzierte Streitkräfte, um wenig-

stens in seiner Peripherie ohne Hilfe für Sicherheit und Stabilität sorgen zu können.

Wenn die Neuausrichtung der Bundeswehr nicht funktioniert, werden deutsche Streitkräfte nicht mehr – oder wieder – zu den militärischen Leistungsträgern auf dem Kontinent gehören. Dabei deutet sich an, dass unsere Streitkräfte künftig eher häufiger als bisher eingesetzt werden. Die Widerstände innerhalb der Bundesregierung gegen den Entwurf des Reformbegleitgesetzes sind deswegen bedenklich. Wir alle wissen: Das Misslingen eines – aus unserer Sicht durchaus noch weiterzuentwickelnden – Reformbegleitprogramms kann die gesamte Neuausrichtung zu Fall bringen und einen Scherbenhaufen hinterlassen.

★

Ärger erntet der Bundesminister der Verteidigung nicht nur in der Politik, sondern auch in der Rechtsprechung. Das Bundesverwaltungsgericht hat zugunsten eines klagenden Kameraden entschieden, dass die in der Beurteilungsvorschrift der Bundeswehr geregelte Bildung von Vergleichsgruppen nicht mit der Soldatenlaufbahnverordnung vereinbar ist. Konkret: Der Soldat wehrte sich erfolgreich gegen eine Beurteilung, da seiner Auffassung nach „seine“ Vergleichsgruppe weder ordnungsgemäß gebildet noch die vorgeschriebene Nähe zwischen Vorgesetztem und ihm gegeben war. Der Dienstherr weicht den Konsequenzen aus diesem Urteil aus, indem er nicht etwa die entsprechende Zentrale Dienstvorschrift anpasst. Nein, er reicht das Problem ganz

einfach weiter. Alle beurteilenden Vorgesetzten sollen nämlich künftig selber sicherstellen, dass die Vergleichsgruppen den oben genannten Ansprüchen genügen. Angesichts einer mangelnden Planstellenausstattung in einer ohnehin zerrütteten Personalstruktur ist diese Form der vom Minister so gern beschworenen „Delegation von Verantwortung nach unten“ komplett verfehlt. Das Bundesministerium nimmt damit weitere erfolgreiche Beschwerden gegen das geltende Beurteilungssystem in Kauf. Das ist keine Lösung, sondern vielmehr Ausdruck eines Problems. Auch in den Eingaben an den Wehrbeauftragten hat dieses Thema einen immer höheren Stellenwert (siehe Seite 2). Eine handwerklich fehlerhafte und von vielen Betroffenen als ungerecht empfundene Beurteilungsregelung ist ein deutliches Indiz dafür, dass es mit der Attraktivität der Streitkräfte nicht weit her ist. Und das kann sich die Bundeswehr nicht leisten.

Auch das Beurteilungswesen wird den Medien jedoch keine Schlagzeile wert sein, solange die Neuausrichtung dadurch nicht gefährdet ist. Soweit sollte es indes nicht kommen. Es besteht Handlungsbedarf im Verteidigungsministerium.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Ulrich Kirsch